

Elke März-Granda

An den  
Stadtrat Landshut  
Rathaus  
84028 Landshut



Landshut, den 02.03.2020

Nr. 1083 *AK*

## Antrag

- Die Stadt Landshut schließt sich einem Open-Source-Projekt zur Online-Bürgerbeteiligung an.  
  
Beispielhaft ist hier CONSUL ([consulproject.org](http://consulproject.org)), das in einigen größeren Städten bereits eingesetzt wird. CONSUL bietet von der Beteiligung an Debatten, Entwicklung von Initiativen bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten. Die Stadt sollte sich zunächst auf folgende Punkte konzentrieren:
  - Einbringen von Verbesserungsvorschlägen durch Bürgerinnen und Bürger
  - Initiativen und Vorschläge an den Stadtrat (Online-Bürgerantrag)
  - Bürgerhaushalt
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung einer Online-Bürgerbeteiligung vorzubereiten. Zur Beratung im Stadtrat soll die Initiative Mehr Demokratie in Bayern geladen werden.
- Die Einführung der Online-Bürgerbeteiligung sollte wissenschaftlich begleitet werden, um unter anderem zu eruieren, welche Bevölkerungsgruppen erreicht und wessen Interessen so besser in den politischen Diskurs eingebracht werden können. Hierzu sollte eine Kooperation mit der Hochschule Landshut angestrebt werden.

## Begründung

Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung (Bürgerbegehren, Bürgerantrag, Bürgerversammlungen) soll auch die Beteiligung über das Internet in Landshut eingeführt werden. CONSUL wird bereits von einigen größeren Kommunen erfolgreich genutzt. Am 27.11.2019 hat der Münchner Stadtrat die Einführung von CONSUL beschlossen.

Nachdem die kostenlose Software technisch alle Möglichkeiten bietet und im Hinblick auf die Nutzung durch die Stadt alles ermöglicht, aber nichts vorschreibt, halten wir diese Software für geeignet, eine qualitativ gute und gewinnbringende Online-Bürgerbeteiligung in Landshut einzuführen. Bei dieser Software ist vieles offen und kann spezifisch für Landshut geregelt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich der Stadtrat per Beschluss selbst verpflichtet, eine im Netz entstandene Initiative zu beraten, wenn mehr als 1% der Einwohner online gezeichnet haben.

Wir meinen, die Stadt Landshut würde damit den Nerv treffen. Die Jugend füllt rund um den Erdball mit Fridays-for-Future-Aktionen die Straßen und sorgt sich um ihre Zukunft. Gerade jetzt machen wir deshalb diesen konstruktiven Vorschlag, der allen Seiten hilft: Junge und ältere Menschen werden direkt in die Politik einbezogen und könnten zu strittigen örtlichen Themen konkrete Vorschläge einbringen und diese direkt an die Politik geben. Mehr Demokratie in Bayern e.V. stünde für fachliche Fragen zur Online-Bürgerbeteiligung dem Landshuter Stadtrat sicherlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Elke März-Granda